

## **Saudis gehen auf Nummer sicher, Iran riskiert zunehmende Isolation - Trita Parsi**

*Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.*

**Talia Baroncelli (TB):** Hallo, ich bin Talia Baroncelli und Sie schauen gerade theAnalysis.news. In Kürze wird Trita Parsi mit mir über die Außenpolitik der USA in Saudi-Arabien und die Proteste im Iran sprechen. Wenn Ihnen diese Inhalte gefallen, besuchen Sie bitte unsere Website theAnalysis.news und spenden Sie, damit wir diese Art von Inhalten weiterhin produzieren können. Sie können sich auch für unseren Newsletter und unseren YouTube-Kanal registrieren. Ich bin gleich zurück.

Zu Gast ist nun Trita Parsi, Vizepräsident des Quincy Institute. Vielen Dank für Ihre Anwesenheit.

**Trita Parsi (TP):** Ich freue mich, hier zu sein.

**TB:** Sie haben viel über Saudi-Arabien und die Außenpolitik der USA im Nahen Osten geschrieben. Ich frage mich, ob die Regierung Biden die Gelegenheit verpasst hat, ihre Beziehungen zu Saudi-Arabien und ihre Unterstützung für Saudi-Arabien zu beenden, wenn man die Entwicklung der Ölproduktion und die im Oktober in die Höhe geschossenen Ölpreise bedenkt.

**TP:** Ja, obwohl ich nicht unbedingt für eine Einstellung plädieren würde. Ich denke, dass es definitiv eine Neugewichtung dieser Beziehungen geben muss, da die Saudis mit sehr viel Unheil davongekommen sind. Der Krieg im Jemen ist nur der Anfang oder das Ende dessen. Die Regierung Biden versprach bei Amtsantritt, Saudi-Arabien zu einem Paria zu machen und den Krieg im Jemen zu beenden.

Stattdessen sehen wir jetzt, zwei Jahre später, selbst nachdem Biden erklärte, die Saudis würden den Preis für ihr Handeln gegenüber der Biden-Regierung in Bezug auf das Öl bezahlen, absolut keine Konsequenzen für die Saudis. Die Regierung versucht sogar, sich Saudi-Arabien weiter anzunähern. Ich halte das für äußerst bedauerlich, da ich glaube, dass sich diese schlechte Beziehung verschlimmert - eine unausgewogene, ungesunde Beziehung,

die sich verschlimmern wird und den Vereinigten Staaten und der Region zum Verhängnis werden wird, genauso wie damals, als die Vereinigten Staaten leider ihre Zustimmung zum Krieg im Jemen gegeben haben.

Das war ein komplettes Desaster. Ich weiß, dass viele der beteiligten US-Beamten diese Entscheidung bedauern. Ich bin der Meinung, dass die USA auch die Ereignisse der letzten zwei Jahre bedauern werden, weil sie, wie Sie sagten, eine verpasste Gelegenheit darstellen.

**TB:** Richtig. Einige Stimmen behaupten, sollten die USA ihre Beziehungen zu Saudi-Arabien abbrechen oder zumindest ihre Unterstützung reduzieren, würde dies die Saudis näher an China und Russland bringen. Ist dieses Argument stichhaltig?

**TP:** Ich halte es für wahrscheinlich, dass sich die Saudis unter solchen Umständen eher Russland und China zuwenden würden. Gleichzeitig tun die Saudis das aber auch schon jetzt. Sie haben sich den Chinesen und den Russen deutlich angenähert. Sie kündigen jetzt offen den Handel mit Öl an, ohne den [US-]Dollar zu verwenden. Sie sind also Teil der Entdollarisierung. Wir haben ihre Position zu Russland gesehen.

Die Vorstellung, dass die Vereinigten Staaten die Situation verschärfen würden, wenn sie tatsächlich hart gegen die Saudis vorgehen würden, überzeugt mich nicht. Ich glaube im Gegenteil, dass das Ausbleiben einer Reaktion der Biden-Administration, das Ausbleiben der Kosten für die Saudis - nachdem sie viele, viele problematische Politiken und Entscheidungen getroffen haben - die Saudis offen gesagt in dem Glauben bestärkt, dass sie damit durchkommen und weiter so handeln können.

Ich denke, wir sollten auch berücksichtigen, dass sich die Saudis, wie viele andere Länder in der Welt, in Bewegung befinden. Sie passen ihre Politik an und handeln, als wäre die Welt bereits multipolar. Meiner Ansicht nach ist sie das auch. Es handelt sich also nicht um eine ausschließlich saudische Angelegenheit. Sie sichern sich ab, und die Vorstellung, dass die Vereinigten Staaten sie durch ihre besondere Freundlichkeit veranlassen würden, sich nicht entsprechend abzusichern und bei ihrer negativen Politik ein Auge zuzudrücken, finde ich völlig unglaubwürdig. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Saudis dies ohnehin tun werden. Die Frage ist, was wir auf amerikanischer Seite tun werden, um sicherzustellen, dass die von Saudi-Arabien verfolgte Politik nicht problematisch ist und die Stabilität in der Region und in den Vereinigten Staaten selbst nicht untergräbt.

**TB:** Eines der problematischsten politischen Ziele in der Region ist die Intervention unter Führung der Saudis und der Krieg im Jemen. Wie steht es um den War Powers Act, den Bernie Sanders im Dezember zurückgezogen hat, als er sagte, er wolle einige der Bedingungen mit den Demokraten neu verhandeln? Gibt es diesbezüglich schon irgendwelche Entwicklungen?

**TP:** Wir warten auf die Ergebnisse und darauf, ob Bernie sein Versprechen einhalten wird, die Angelegenheit erneut zur Debatte zu stellen, sofern es keinen zufriedenstellenden Kompromiss zwischen ihm und der Regierung Biden gibt. Dies war ein weiteres Beispiel für die Möglichkeit der Biden-Regierung, dies zu begrüßen. Stattdessen wehrte man sich vehement dagegen.

Zudem wurde deutlich, dass die Demokraten im Senat mit ihrer Zustimmung zufrieden waren, solange Trump Präsident war. Mit Biden im Amt änderten sie ihre Position. Ich glaube, das war selbst für Bernie sehr enttäuschend, der dachte, er hätte die Stimmen. Natürlich versuchte die Biden-Administration mit allen Mitteln ihm die Stimmen zu entziehen. Ich denke aber, dass diese Frage geklärt werden muss, denn wenn Bernie sie nicht vorlegt, wird sicher eine Menge Druck von seiner eigenen Basis auf ihn ausgeübt werden, die der festen Überzeugung ist, dass dies eine Notwendigkeit ist, nicht nur wegen jenem, was die Saudis im Jemen tun, sondern auch, um die Bedeutung des Kongresses hervorzuheben, der die in der amerikanischen Verfassung vorgesehene Rolle wahrnimmt; d.h. das Gremium, das über die Beteiligung der Vereinigten Staaten an einem Krieg entscheidet und nicht die Exekutive.

**TB:** Gibt es einen wesentlichen Unterschied in der Politik zwischen derjenigen von Trump gegenüber Saudi-Arabien und derjenigen von Biden gegenüber Saudi-Arabien? Ich meine, Biden nennt MBS oder Saudi-Arabien einen Paria, und dass die Welt dies erkennen sollte. Abgesehen davon, nachdem er eine Menge dieser harten Worte in der Rhetorik zurückgenommen hat, scheint es keinen großen politischen Unterschied zu geben.

**TP:** Ich denke, im Großen und Ganzen gibt es leider ein viel größeres Maß an Kontinuität als an Veränderung. Es gibt zwar einige Veränderungen, aber wenn es um die allgemeine Frage geht: Haben wir den Krieg im Jemen beendet? Oder: Wie wird die Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und Saudi-Arabien aussehen, wenn die Saudis aktiv eine die Vereinigten Staaten unterminierende Politik betreiben? Diese Entwicklungen, die wir hätten feststellen können und sollen, sind ausgeblieben. Wie Sie bereits sagten, wird man dies als eine verpasste Gelegenheit für die Regierung Biden ansehen, da sie nicht tätig geworden ist. Meiner Meinung nach zeigt es uns auch, dass es eine gewisse Gravitationskraft gibt, die viele Kandidaten, sobald sie im Amt sind, zu einer Politik veranlasst, die weit weniger mit der Vergangenheit bricht, als sie es versprochen haben.

In diesem speziellen Fall finde ich die Argumentation und die Motivation hinter der Entscheidung der Biden-Administration höchst problematisch, nämlich dass die Biden-Administration im Wesentlichen glaubt, dass sie in eine Art breiteren strategischen Wettbewerb mit den Chinesen geraten wird. Wir sind bereits dort [nicht vernehmbar]. In diesem Zusammenhang sind die Vereinigten Staaten vor allem auf ihr Bündnissystem angewiesen. Man glaubt, dass sich der Wettbewerb mit China nicht nur im Südchinesischen Meer abspielen wird, sondern auch in Afrika, Lateinamerika, Europa und im Nahen Osten.

Daraus ergeben sich zwei Erkenntnisse. Erstens: Frühere Pläne der Regierung, die Streitkräfte tatsächlich aus dem Nahen Osten abzuziehen - ich glaube, es gibt dort etwa 19 Stützpunkte -, sind im Grunde genommen gescheitert, und die US-Militärpräsenz in der Region bleibt weitgehend unverändert. Zweitens: Wenn das amerikanische Bündnissystem ein so wichtiger Teil dieses Wettbewerbs ist, dann müssen die Vereinigten Staaten alles in ihrer Macht Stehende tun, um ihre Verbündeten zu halten und sie nicht in Richtung China tendieren zu lassen. Das Ergebnis ist also genau das, worüber wir vorhin gesprochen haben. Um zu verhindern, dass Saudi-Arabien sich auf China zubewegt, werden die Vereinigten Staaten unter Biden in vielen Bereichen in ihren Beziehungen zu Saudi-Arabien zurückhaltender oder nachgiebiger und ignorieren die Handlungen der Saudis noch mehr als zuvor.

Um noch einmal auf das zurückzukommen, worüber wir vorhin gesprochen haben: Ich glaube nicht, dass diese Rechnung aufgeht. Ich halte die Grundlage dafür für höchst problematisch. Das bisherige Ergebnis ist ziemlich eindeutig. Die Saudis passen ihre Politik nicht in die von der Biden-Regierung gewünschte Richtung an. Die Biden-Administration überhäuft sie mit Zugeständnissen ohne wirklich etwas dafür zu bekommen.

**TB:** Wenn sich die Regierung Biden morgen entschließen würde, die Samthandschuhe auszuziehen und gegenüber Saudi-Arabien härter aufzutreten, was würde das von anderen Akteuren in der Region verlangen, zum Beispiel von den Emiraten? Würde sich das überhaupt auf die Abraham-Abkommen mit Israel auswirken? Eine Normalisierung mit Israel?

**TP:** Sie haben einen sehr wichtigen Punkt angesprochen, nämlich dass die Regierung Biden sich sehr, sehr stark für den Ausbau des Abraham-Abkommens einsetzt. Ich halte das für höchst problematisch, denn die Abraham-Abkommen sind nur die jüngste Variante desselben Konzepts, das die amerikanische Außenpolitik im Nahen Osten in den letzten 20-30 Jahren leitete, nämlich der Versuch, die Region gegen den Iran zu organisieren. Das Organisationsprinzip der amerikanischen Außenpolitik im Nahen Osten besteht darin, eine möglichst große Koalition gegen den Iran aufzubauen. Das ist gescheitert. Es hat die Region destabilisiert. Es hat nicht die Art von Vorteilen gebracht, die vorgesehen waren. Die iranische Politik ist dadurch noch aggressiver geworden, da sie ihr Möglichstes tun, um das amerikanische Projekt zu untergraben. Dies ist nur die neueste Version der ursprünglichen Idee. Es ist dieselbe Idee, die hinter den Osloer Friedensverträgen steht, und wir haben gesehen, wohin das geführt hat.

Wenn die Emirate und die Saudis gewillt sind, die Palästinenser zum Teufel zu jagen und so zu tun, als ob alles in Ordnung wäre, dann kann es eine Allianz zwischen den Saudis und den Emiraten und den Israelis gegen den Irak geben, so die Idee.

Das Faszinierende daran ist, dass die Trump-Administration schon früh Begriffe wie Arab-NATO verwendet hat. Beamte aus der Biden-Administration, die damals noch nicht

amtierten, aber als Berater von Biden fungierten, sprachen sich dagegen aus. Tony Blinken beispielsweise schrieb 2017 in einem Meinungsartikel, dass eine Anti-Iran-Koalition, die sich als eine Art Friedensabkommen tarnt, die Region nur weiter destabilisieren und die schiitisch-sunnitischen Konflikte in der Region vertiefen würde, was weder der Region noch den Vereinigten Staaten zugute käme. Doch unter dem Deckmantel des Abraham-Abkommens verfolgen wir im Wesentlichen dieselbe Politik, jetzt aber mit viel Lob und Begeisterung, weil wir glauben, dass sie zu einem anderen Ergebnis führen wird als in der Vergangenheit.

Das ist ein weiterer wichtiger Grund für die Haltung der Biden-Administration, die alle Arten negativer Politiken der Saudis ohne Konsequenzen akzeptierte, weil sie befürchtete, im Falle eines harten Vorgehens gegen die Saudis nicht in der Lage zu sein, das Ziel des Abraham-Abkommens zu erreichen, d.h. die Saudis zu einem Beitritt zu bewegen.

**TB:** Genau. Warum sprechen wir nicht über Israel, denn die neue israelische Regierung, die ultrakonservative Regierung von [Benjamin] Netanjahu, verfolgt eindeutig das Ziel, den Iran zu bekämpfen, und ich könnte mir vorstellen, dass sie die Normalisierung und ihre Beziehungen zu anderen regionalen Akteuren stärken möchte. Ich frage mich also, wie sehr die neue israelische Regierung Ihrer Meinung nach die Außenpolitik der USA beeinflussen wird, insbesondere wenn es darum geht, dass die USA möglicherweise wieder in den Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (JCPOA) einsteigen?

**TP:** Offensichtlich befindet sich das JCPOA im Moment in einem Zustand der Untätigkeit. Es ist nicht klar, ob eine Rückkehr überhaupt möglich ist. Aber selbst in diesem Zustand gibt es weder ein Abkommen noch ein Scheitern des Abkommens. Diesen Status möchte die Regierung Biden so lange wie möglich beibehalten, denn er bedeutet im Wesentlichen, dass sie nicht die politischen Kosten für eine Rückkehr zu dem Abkommen tragen muss. Besonders jetzt in diesem neuen Kontext mit den Protesten und der Unterdrückung im Iran sowie der Unterstützung des Irans gegenüber Russland im Krieg in der Ukraine. Andererseits werden die Kosten eines Scheiterns des Abkommens nicht in Betracht gezogen, denn in dem Moment, in dem sie erklären, dass das Abkommen endgültig gescheitert ist, wird es zu einer Krise kommen. Aber dieser Zustand des "Nicht-Abkommens", des "Nicht-Scheiterns", wird im Grunde nur so lange andauern, bis die Israelis massiven Druck auf die Vereinigten Staaten ausüben, eine Entscheidung zu treffen. Und seit geraumer Zeit befindet sich Israel aufgrund seiner eigenen innenpolitischen Unruhen nicht mehr in einer eindeutigen oder starken Position, um diesen Druck auszuüben.

Jetzt haben Sie eine neue Regierung und Netanjahu ist zurück. Es gibt nur wenige Dinge, die er lieber tätigt, als über den Iran zu sprechen und die Vereinigten Staaten in dieser Frage unter Druck zu setzen. Zudem findet er sich in einem neuen Kontext wieder, in dem die Dinge für ihn viel, viel einfacher sein werden als zuvor, denn natürlich haben die Unterdrückung im Iran, die Unterstützung Russlands usw. viele, viele Türen für Ideen geöffnet, die er in der

Vergangenheit nicht aufhalten konnte. Ich sehe aber auch die Möglichkeit, dass Netanjahu seine Lektion aus den Jahren 2014 und 2015 gelernt haben könnte. Er hat sich gegen den JCPOA ausgesprochen. Er war der Hauptgrund für die Zuspitzung der Situation, bei der es entweder um die Frage ging, ob es einen Krieg oder einen nuklearen Iran geben würde. Damit hat er sich verkalkuliert: Je mehr er einen Krieg wahrscheinlich machte, desto mehr motivierte er die Obama-Regierung zu versuchen, einen Krieg zu vermeiden, indem sie eine diplomatische Lösung anstrebte, was das ungünstigste Ergebnis für Netanjahu war.

Die Frage ist daher, ob er dieses Mal auf einen Krieg drängen wird. Wird er auf sehr, sehr aggressive Maßnahmen drängen, wohl wissend, dass dies zu einem Szenario führen könnte, in dem die Biden-Administration plötzlich zu dem Schluss kommt, dass ein Abkommen für sie besser ist als die Resultate, die Netanjahu anstrebt? Oder wird er tatsächlich einen gemäßigeren Ansatz wählen, bei dem er versuchen wird, die geschwächte Position des Irans auszunutzen, um wirklich massive Isolationsmaßnahmen gegen den Iran zu ergreifen, nicht nur seitens der Vereinigten Staaten, sondern auch seitens Europas und möglicherweise der Länder des Globalen Südens, und dies dann als den Sieg zu erachten, der letztlich in einer Transformation des Irans in eine Art Nordkorea bestehen würde. Selbst wenn der Iran sein Atomprogramm ausweiten würde, wäre das in Ordnung, weil der Iran dann völlig isoliert wäre.

Im Endeffekt wissen wir nicht genau, was er unternehmen wird. Er wird aber handeln. Er wird in dieser Frage Druck auf die Vereinigten Staaten ausüben, aber das könnte am Ende anders aussehen als es 2014 und 2015 der Fall war.

**TB:** Sie haben mehrfach gesagt, dass Präsident Joe Biden einen Erlass hätte unterzeichnen sollen, um die USA zum Wiedereintritt in den JCPOA zu bewegen. Wäre das angesichts der aktuellen Proteste im Iran nicht das ultimative Zeichen der Unterstützung für das iranische Volk; das Abkommen tatsächlich zu unterzeichnen, um den Menschen den Aufstand gegen ihre eigene Regierung zu erleichtern?

**TP:** Zunächst denke ich, dass die Situation im Iran heute ganz anders aussehen würde, wenn Biden im Januar 2021 per Durchführungsverordnung unterschrieben hätte und dem JCPOA beigetreten wäre. Da sich die wirtschaftliche Lage verbessert hätte, wäre [Ebrahim] Raisi höchstwahrscheinlich nicht Präsident geworden, da die Reformer und die Zentristen hätten zeigen können, dass sie ihre Versprechen einhalten, was sie nicht konnten, da nicht nur Trump aus dem Abkommen ausgestiegen ist, sondern auch Biden nicht wieder beigetreten ist. Es war also äußerst beschämend für die Reformkräfte und diejenigen, die sich nachdrücklich dafür eingesetzt hatten, dass eine Form des Entgegenkommens mit den Vereinigten Staaten dem Iran, dem iranischen Volk und auch dem iranischen Willen zugute kommen würde.

Ich denke, dass es zum jetzigen Zeitpunkt politisch sehr schwierig sein wird, natürlich angesichts der Proteste. Aber ich finde es auch wichtig zu erkennen, dass es eine Divergenz zu geben scheint zwischen den Protesten im Iran und den Protesten außerhalb des Irans, die

von Teilen der Diaspora ausgehen. Im Iran habe ich keine Proteste gesehen, die sich gegen den JCPOA richteten. Sie argumentierten weder gegen noch für den JCPOA. Es war einfach kein Faktor in ihren Überlegungen oder etwas, das sie in ihren Slogans und bei ihren Protesten für erwähnenswert hielten.

Außerhalb des Landes wurden von Anfang an zunehmend Positionen vertreten, die schon lange von der israelischen Regierung und den iranischen Mudschaheddin vertreten worden waren. Keine Verhandlungen, kein JCPOA, Schließung der Botschaften, Ausschluss des Irans von der Fußballweltmeisterschaft und dergleichen, was sich von den Stimmen aus dem Inneren des Landes deutlich zu unterscheiden schien. Eine weitere Angelegenheit, die meiner Meinung nach eindeutig ist, betrifft die vielen Stimmen auf Twitter, die sich hinter dem ehemaligen gekrönten Prinzen von Iran positionieren, auch wenn sie außerhalb der sozialen Medien nicht so laut sind. Während die Slogans im Iran während der Proteste weder einem Obersten Führer noch einem Schah galten. Ich denke also, wir sehen eine deutliche Divergenz zwischen den Vorgängen innerhalb des Landes, den Äußerungen und Forderungen der Menschen und dem, was von außerhalb zu hören ist.

Ich habe keine Beweise gesehen, dass die Protestierenden die Meinung vertreten, der JCPOA sei schlecht für sie, ganz im Gegenteil. Ich glaube aber, dass es ein hohes Maß an Skepsis gegenüber dem JCPOA gibt, was viele Menschen zu dessen Hinterfragung veranlasst hat. Es nützt den Menschen ohnehin wenig, weil die wirtschaftlichen Vorteile ausbleiben. Und das hängt auch damit zusammen, dass die Vereinigten Staaten leider aus dem Abkommen ausgetreten sind. Die Europäer haben keinerlei Anstrengungen zur Kompensation dieser wirtschaftlichen Verluste unternommen. Es gibt also eine Skepsis gegenüber dem JCPOA im Iran, die meiner Meinung nach all dies beeinflusst. Aber ich habe keine Anzeichen für die Annahme erkennen können, dass die Demonstranten im Land den Gedanken, es solle keine Verhandlungen oder kein Abkommen geben, in den Vordergrund stellen. Es mag sein, dass sie dem Ganzen gleichgültig gegenüberstehen, aber das ist etwas anderes, als zu sagen, dass sie dagegen sind.

**TB:** Eine kurze Frage, bevor Sie sich verabschieden. Welche Botschaft beabsichtigt der Iran an die internationale Gemeinschaft zu übermitteln, indem er diesen britisch-iranischen Doppelbürger, Alireza Akbari, hinrichten lässt, der wirklich nichts mit den Protesten zu tun hatte?

**TP:** Nein, er hatte mit Sicherheit nichts mit den Protesten zu tun. Er ist seit 2019 im Gefängnis. Die Iraner beschuldigen ihn der Spionage. Offensichtlich wurden keine Beweise vorgelegt, die es unabhängigen Quellen ermöglichen würden, diese Anschuldigung und die Beweise dafür zu bewerten, falls es überhaupt Beweise gibt. Meiner Meinung nach erleben wir derzeit jedoch eine Eskalation zwischen Europa und dem Iran. Es ist eine Reaktion von britischer Seite zu erwarten, die wahrscheinlich zu weiteren Maßnahmen von iranischer Seite führen wird. Das kann sehr leicht zu einem Eskalationskreislauf führen, wobei letztlich nicht

viel Sinnvolles herauskommt. Ich bin auch der Meinung, wenn dies zu einer ausgewachsenen Krise und einer möglichen Konfrontation zwischen dem Westen und dem Iran eskaliert, würde es den pro-demokratischen Protesten im Lande sehr schaden. In einigen Kreisen in der Diaspora herrscht die Meinung und der Glaube, dass diese Maßnahmen das Regime zu Fall bringen werden. Die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit - vom Irak und Afghanistan bis hin zu Syrien und Libyen - zeigen uns, dass die Hauptelemente, die von einer Militarisierung des Konflikts und dem Einsatz des Militärs profitieren, eigentlich die am wenigsten demokratischen, die repressivsten Elemente innerhalb der Gesellschaft sind. Ich habe also sehr wenig Vertrauen, dass sich daraus Vorteile ergeben werden. Und ich bin ziemlich besorgt, dass die Protestbewegung im Lande einen schweren Schlag erleiden wird, wenn wir uns in diese Richtung bewegen.

**TB:** Trita Parsi, stellvertretender Vorsitzender des Quincy-Instituts, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

**TP:** Vielen Dank.

**TB:** Und danke, dass Sie theAnalysis.news eingeschaltet haben. Falls Sie die Möglichkeit haben zu spenden, besuchen Sie bitte unsere Website theAnalysis.news. Klicken Sie auf die Schaltfläche "Spenden" in der oberen rechten Ecke des Bildschirms. Abonnieren Sie unseren Newsletter und unseren YouTube-Kanal; so verpassen Sie keine Folge mehr. Vielen Dank!

**ENDE**